

Erste Einschätzung zum Koalitionsvertrag zur Diskussion bei der Mitgliederversammlung am 19.11.2016

Kein ausreichender Politikwechsel - Soziale Kämpfe weiter unterstützen

Unter dem Vorbehalt, dass der Koalitionsvertrag erst vor zwei Tagen veröffentlicht wurde, wollen wir der Mitgliederversammlung eine erste Einschätzung vorlegen. Die Mitgliederversammlung der LINKEN.Neukölln hat im September 2016 Kriterien für eine Regierungsbeteiligung der LINKEN aufgestellt.

„Aus unserer Sicht verlangt ein solcher Politikwechsel ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm, unter anderem um in den nächsten fünf Jahren mindestens 100.000 zusätzliche kommunale Sozialwohnungen, wenigstens 10.000 neue tariflich entlohnte Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich zu schaffen sowie Schulen zu sanieren und den Kitausbau voranzutreiben. Für einen solchen Politikwechsel müssen die einst ausgegliederten Tochterfirmen wieder in die landeseigenen Unternehmen zurückgeführt und den dort Beschäftigten Tariflöhne gezahlt werden.

Ein Politikwechsel muss dazu führen, dass Volks- und Bürgerbegehren erleichtert werden und die erfolgten Änderungen an der Volksgesetzgebung und am Volksgesetz zum Tempelhofer Feld zurückgenommen werden. Ein Politikwechsel bedeutet auch eine neue Verkehrspolitik, die den ÖPNV und die Fahrradinfrastruktur stärkt und den Weiterbau an der A100 beendet. Für einen Politikwechsel müssen Flüchtlinge statt in Massenunterkünften dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Zudem muss sich die neue Regierung sich gegen die Handelspakete TTIP und CETA stellen, sich für das kommunale Wahlrecht für Nichtdeutsche, die in Berlin ihren Lebensmittelpunkt haben, einsetzen und dafür, Abschiebungen zu stoppen.“

Zahlreiche Verbesserungen und gute Absichtserklärungen sind im Koalitionsvertrag enthalten. Der Druck der sozialen Bewegungen und verschiedenen Volksbegehren zu Mieten, Energie, Tempelhofer Feld, Fahrrad, direkter Demokratie führt zu Zugeständnissen, die der SPD-Spitze abgerungen werden konnten. So wird Berlin im Bundesrat gegen Ceta stimmen, die A100 wird vom Land (es droht aber der Bund) in den nächsten fünf Jahren nicht weitergeplant, ein öffentliches Stadtwerk wird geschaffen, der Preis des Sozialtickets wird gesenkt, Volksentscheide müssen zu Wahlterminen stattfinden und die Landeseigenen Wohnungsbauunternehmen werden zu Anstalten des öffentlichen Rechts, sie dürfen jährlich die Mieten um 2 Prozent (statt 3,75) erhöhen und die energetische Sanierungsumlage wird auf 6% begrenzt. Von den bisherigen Haushaltsüberschüssen gehen nicht mehr 50 % in die Schuldentilgung. Für 2016 stehen ca. 400 Millionen Euro für Investitionen zusätzlich zur Verfügung.

„Gegenüber der Finanz- und Investitionsplanung freiwerdende Mittel erhöhen den investiven Handlungsspielraum. Unterschreiten die Tarifabschlüsse bzw. die Besoldungsanhebungen die jeweils für die einzelnen Jahre getroffene Vorsorge, sollen die Ersparnisse zur Steigerung der Leistungskraft der Verwaltung verwendet werden. (...) Von einem generellen Haushaltsvorbehalt ausgenommen sind folgende prioritäre Projekte: Von den Überschüssen in 2016 sollen im SIWA – abzüglich 80 Mio. Euro Tilgung sowie unter Anrechnung bereits im SIWA vorhandener themenspezifischer Beträge – ca. 50 Mio. Euro für Investitionen zur Sanierung von Polizei- und Feuerwehrgebäuden, ca. 50 Mio. Euro für Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung der Elektronischen Akte, ca. 100 Mio. Euro für Eigenkapitalzuführungen an die WBG, ca. 100 Mio. Euro für Eigenkapitalzuführungen an das Stadtwerk, ca. 100 Mio. Euro für Investitionen für Schulneubau und –Sanierung bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden überschießende Reste einer Ausgleichsrücklage zugeführt.“

Im Jahre 2017 wird ein »enger« Nachtragshaushalt beschlossen: Für den Zweck Schulbau und -sanierung werden ca. 100 Mio. Euro bereitgestellt. In den Kitausbau werden ca. 20 Mio. Euro investiert. Für die Anpassung der Beamtenbesoldung sind ca. 30 Mio. Euro vorgesehen. Die Tarifsteigerungen werden bei den Zuwendungsempfängern mit ca. 20 Millionen Euro ausfinanziert. Für den Ausbau der Radwegeinfrastruktur werden ca. 10 Mio. Euro bereitgestellt. Für die Wohnungsbauförderung stellt die Koalition ca. 30 Mio. Euro bereit. Für die energetische Modernisierung werden weitere 10 Mio. Euro eingesetzt. Für mehr Personal in den Bezirken stellt die Koalition ca. 50 Mio. Euro bereit. Die Ausgleichsrücklage wird weiter aufgefüllt.“

Insgesamt steht aber zu wenig Geld zur Verfügung, um die sozialen Bedarfe zu decken. Die Maßnahmen werden nicht ausreichen, einen spürbaren Politikwechsel zu bewirken und die Lohn- und Sozialkürzungen unter rot-rot (2001-2011) nur sehr bedingt zurücknehmen. Denn SPD und Grüne halten an der unsozialen Schuldenbremse fest. Die LINKE bindet sich mit dem Koalitionsvertrag ebenfalls an die Haushaltskonsolidierung und die Schuldenbremse, die sie ablehnt. Die Koalition verpflichtet sich jährlich zur Schuldentilgung von 80 Millionen – unabhängig von der Einnahmesituation. Das ist angesichts des Sozialabbaus der letzten Jahrzehnte in Berlin und des milliarden schweren Investitionsstaus unverantwortlich. Im Wahlprogramm der Linken stellen wir einen Investitionsbedarf von 10-20 Milliarden Euro fest.

Auch ist unklar, wie sich die Einnahmen entwickeln – zumal sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland auf derzeit 0,2 Prozent abgekühlt hat. In der Logik der Haushaltskonsolidierung des Koalitionsvertrages ist folgerichtig, dann die Ausgaben zu kürzen. Die Bundesregierung schafft für die Landesregierung einen falschen politischen Rahmen – ob in Bezug auf Mieten, Schuldenbremse, Steuerpolitik, Abschiebebesetze oder Hartz IV. DIE LINKE wird mit der Regierungsbeteiligung mitverantwortlich für politische Felder, die eigentlich die Bundesregierung verantwortet.

Die rot-rot-grüne Koalition strebt an, jährlich 6000 neue städtische Wohnungen zu schaffen, von denen die Hälfte ausschließlich für WBS-Berechtigte - nicht ausschließlich für Menschen die auf Sozialleistungen angewiesen sind - zur Verfügung stehen und 10.000 Wohnungen (ohne Berlin) zu kaufen. Im gleichen Zeitraum werden mindestens doppelt so viele bisherige Sozialwohnungen aus der Sozialbindung rausfallen. Es wird also in fünf Jahren weniger Sozialwohnungen geben als vorher. Dies wird den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nicht decken. Es ist bezeichnend, dass die SPD eine Wiederholung der Mieterratswahlen bei den städtischen Wohnungsbauunternehmen blockiert hat, bei denen Mieter, die sich gegen Mietsteigerungen engagiert haben, von den städtischen Wohnungsbauunternehmen von den Wahllisten gestrichen wurden.

Es bleibt außerdem unklar, wie hoch die Mieten am Ende tatsächlich in den Neugebauten sein werden. Wenn man sich das Wachstum der Stadt und die Neubauzahlen sowie die Preissteigerung auf dem privaten Wohnungsmarkt einbezieht, dann ist davon ausgehen, dass es trotz der guten Maßnahmen in den nächsten 5 Jahren zu einer Verschlechterung der Situation mit weiter steigende Mieten und weiterer Verdrängung kommen wird. Die Probleme werden nicht gelöst, sondern sie werden größer werden.

Um dieser Entwicklung merklich etwas entgegenzusetzen, müsste ein sehr radikaler Politikwechsel stattfinden: Die landeseigenen Wohnungsunternehmen müssten komplett neu aufgestellt werden und staatlicher Bausektor aufgebaut werden mit dem innerhalb kurzer Zeit eine große Zahl günstiger Wohnungen gebaut werden. Der Senat müsste massiv ankaufen, um Wohnungen dem privaten Markt und der Aufwertung zu entziehen - dafür müsste man mit der Schuldenbremse brechen. Darüber hinaus müsste man ernsthaft überlegen Großkonzerne wie Deutsche Wohnen zu enteignen.

Im Öffentlichen Dienst sollen 5000 bis 6000 Menschen jährlich eingestellt werden. Unklar ist jedoch die genaue Zahl derjenigen die Rente gehen. Nach Aussagen von Udo Wolf bleiben 1000-2000 zusätzliche Stellen. Dies wäre ohne Zweifel ein Fortschritt, angesichts des Personalabbaus von rot-rot von über 25.000 Stellen auch überfällig und selbst von rot-schwarz so geplant. Die Einstellungen im Öffentlichen Dienst stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Die Ersparnisse durch niedrige Tarifabschlüsse sollen in die „Leistungsfähigkeit der Verwaltung“ gehen. Hier werden wie unter rot-rot die Beschäftigten zur Lohnzurückhaltung angehalten, obwohl die Berliner Landes- Beschäftigten seit mehr als 10 Jahren weniger verdienen als in anderen Bundesländern. Auch die prekäre Beschäftigung im Öffentlichen Dienst wird trotz angekündigter Verbesserung für Musik- und Volkshochschuldozenten nicht ausreichend bekämpft. Die unter rot-rot ausgegliederten Töchtergesellschaften werden nicht zurückgeführt und kein Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes, sondern eine „Annäherung“ versprochen. Hier ist weiter die Unterstützung der Arbeitskämpfe durch DIE LINKE notwendig, bei den Töchtern von Vivantes und insbesondere bei der Charité Facility Management. Auch die Forderungen nach besserer Bezahlung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer und der derzeitigen Grundschullehrer/innen werden nicht erfüllt.

Die Einführung der Rente mit 67 für die Beamten des Landes ist eine deutliche Verschlechterung. Sie widerspricht den Grundsätzen der LINKEN. Sie bedeutet, auf Kosten der älteren Beschäftigten Gelder einzusparen und sie einfach weiter arbeiten zu lassen statt sie ohne Abschläge in Rente gehen zu lassen und Junge einzustellen.

Die Schulsanierung soll über die Verschuldung einer zu gründenden öffentlichen Schulbaugesellschaft erfolgen. Dies halten wir für falsch, weil es die Schulgebäude den Bezirken entzieht, eine GmbH, die Profite erzielen muss, gegründet wird und eine Privatisierung – unter anderen Koalition - damit leicht erfolgen kann. Außerdem droht ein Einschreiten der EU gegen diese Art der Finanzierung. Die Eurostat hat bereits gegen diesen Schattenhaushalt Einspruch erhoben. Ein Kitausbau um 30.000 Plätze ist vorgesehen, auch ein Ausbau der Fahrradinfrastruktur und ein Sozialticket soll es geben, aber alles steht unter Finanzierungsvorbehalt.

Es wird die Absicht erklärt, die Massenunterkünfte für Geflüchtete zügig zu schließen. Es ist aber unklar, wo die Geflüchteten hin sollen, denn die neugeplanten Wohnungen werden nicht ausreichen. Die Beschlagnahme von Leerstand ist nicht geplant. Es gibt keinen Abschiebestopp und kein kommunales Wahlrecht für Nichtdeutsche. Das muslimische Frauen diskriminierende Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst bleibt unangetastet, obwohl es keinen Cent kosten würde, es aufzuheben. Die Änderungen an der Volksgesetzgebung und dem Volksgesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes werden nicht zurückgenommen.

Ein tatsächlicher Politikwechsel auf Landesebene wird nur möglich, wenn der Bund eine Reichensteuer einführt und die Schuldenbremse zurücknimmt. Deshalb wird DIE LINKE, insbesondere auch im Bundestagswahlkampf, die Forderung nach einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums offensiv vertreten.

Ein großes Problem für DIE LINKE ist, dass in der Koalition erwartet wird, dass DIE LINKE nur mit Einverständnis von SPD und Grünen handelt. Die linken Senatoren werden unter erheblichem Druck stehen die Kompromisse mit SPD und Grünen auch nach außen zu vertreten und berechnete Forderungen von Gewerkschaften und sozialen Initiativen nicht zu unterstützen und sich gegen sie zu wenden. Diese war die Erfahrung in der letzten Regierung, in der DIE LINKE die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler verlor, darf sich nicht wiederholen.

Angesichts des Aufstiegs der AfD ist die Beteiligung der LINKEN an einer de facto Mangelverwaltung ein Spiel mit dem Feuer. SPD und Grüne sind innerhalb der Regierungskoalition die Vertreter der

Haushaltskonsolidierung. Auch in der Vergangenheit hat die SPD außerhalb des Koalitionsvertrags von der PDS/LINKEN erfolgreich Verschlechterungen eingefordert – wie zum Beispiel beim Polizeigesetz ASOG oder der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Das bedeutet auch, dass wir uns nicht darauf verlassen können, was im Koalition-Vertrag drinsteht, sondern für jeden Punkt, vor allem für diejenigen, die unter Finanzierungsvorbehalt stehen, Druck von unten nötig ist.

In unserer Resolution von der Mitgliederversammlung im September schreiben wir: „Wenn sich DIE LINKE an einer Regierung beteiligt, die keinen Politikwechsel bewirkt, laufen wir Gefahr, die soeben erst wieder zurückgewonnen Wählerinnen und Wähler zu verlieren. Für den Fall, dass mit SPD und Grünen kein Politikwechsel zu machen ist, sollte DIE LINKE weiterhin aus der Opposition und im Verbund mit Bündnispartnerinnen und –partner Druck für ein soziales, ökologisches und demokratisches Berlin machen.“

Tatsächlich erscheint uns nach einer ersten Einschätzung die Gefahr, DIE LINKE zu schwächen, größer, wenn sie den vorliegenden Koalitionsvertrag unterschreibt, als wenn sie ihn als nicht ausreichend zurückweist. Denn die Erwartungen an DIE LINKE in der Koalition spürbar sozial etwas zu bewirken sind hoch. Sie sind höher als an SPD und Grüne. Wir brauchen aber eine starke LINKE.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Koalitionsvertrag viele richtige Schritte enthalten sind, aber die Logik der Haushaltskonsolidierung diesen sehr enge Grenzen setzt. Was von den guten Maßnahmen im Koalitionsvertrag umgesetzt wird, hängt vom außerparlamentarischen Druck ab.

DIE LINKE muss weiterhin auch die berechtigten, soziale Forderungen und Kämpfe, wo sie entstehen – ob von Mietern, Gewerkschaften oder anderen – unterstützen, auch wenn sie sich gegen die Senatspolitik richten und wenn SPD und Grüne mit dem Bruch der Koalition drohen. Gesellschaftlicher, außerparlamentarischer Druck auf den Senat wird notwendig sein, um einen grundlegenden Politikwechsel zu erstreiten.

- Wir stehen weiter an der Seite der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst für mehr Personal und gegen Lohndumping für eine Wiedereingliederung der Töchter in die landeseigenen Unternehmen und eine Bezahlung nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes und der überfälligen Angleichung an das Bundesniveau.

- Die Rente mit 67 für die Beamten lehnen wir ab.

- Wir unterstützen die angestellten und Grundschul-Lehrerinnen und Lehrer nach gleicher Bezahlung.

- Wir stehen weiter an der Seite der Mieterinnen und Mieter gegen steigende Mieten und Spekulation, für Milieuschutz, für eine soziale Höchstmiete im alten sozialen Wohnungsbau, für die Rekommunalisierung privatisierter Wohnungen der GSW und anderer oder für den Bau von mehr kommunale Sozialwohnungen und die Einführung der Grunderwerbssteuer.

- Wir stehen weiter an der Seite der Geflüchteten für einen generellen Abschiebestopp, gegen Rassismus, die diskriminierenden Asylgesetze der Bundesregierung und für Wohnungen als Alternative zu den Massenunterkünften.

- Wir stehen weiter an der Seite von Initiativen für mehr Geld für soziale Fahrpreise, den Ausbau die Fahrradinfrastruktur, gegen eine mögliche Weiterplanung der A100 durch den Bund.

Lucia Schnell, Moritz Wittler 18.11.2016